

# Chemnitzer Anzeiger

## und Stadtbote.

### Unparteiisches Tageblatt



für Chemnitz und die Vororte: Alchemnitz, Altendorf, Bernsdorf, Borna, Furth, Gablenz, Glösa, Heibersdorf, Silberdorf, Kappel, Neustadt, Schönau.

**Abonnement:** vierteljährlich 1 Mk. 25 Pf. (Zutragen 40 Pf.), sowie monatlich 42 Pf. (Zutragen 15 Pf.) **Infektionspreis:** die schmale (1spaltige) Corputzeile oder deren Raum 15 Pf. — (Local-Anzeiger nach dem Einverständnis der Verlags-Expedition und die Ausgabebestellen des Chemnitzer Anzeigers in Chemnitz und 10 Pf.) — Unter Einzelsandt pro Zeile 30 Pf. — Auf große Annoncen und Wiederholungen Rabatt. — Obigen Vororten, sowie sämtliche Postanstalten. (Poststellungs-Preisverzeichnis für 1884 Nr. 1059.) Annoncen-Ausgabe für die nächste Nummer bis Mittag. — Ausgabe jeden Wochentag Nachmittags.

**Verlags-Expedition:** Alexander Wiede, Buchdruckerei, Chemnitz, Theaterstraße 48 (ehemaliges Bezirksgericht, gegenüber dem Casino).

**Bekanntmachung.**  
 Diejenigen Herren Gemeindevorstände des amtshauptmannschaftlichen Bezirkes, welche sich amoch mit der Einreichung des ihnen unterfertigten Verzeichnisses vom 14. Dezember 1883 zum Zwecke der Durchführung der Bestimmungen des Reichsgesetzes vom 15. Juni 1883, die Krankenversicherung der Arbeiter betreffend, ausgefertigten Fragebogens im Nachhinein befinden, werden hiermit benachrichtigt, diesen Fragebogen, vorchriftsmäßig ausgefüllt, nunmehr binnen 8 Tagen und längstens bis  
 zum 15. Februar ds. J. 84.  
 bei Vermeidung einer Ordnungsstrafe von 10 M. anzuzeigen.  
 Chemnitz, den 5. Februar 1884.  
 Die Königl. Amtshauptmannschaft.  
 Schwedler.

Franz Richard Schreier in Chemnitz in die Firma Metall- und Eisenzeiger  
 Hugo Schreier daselbst als Mitinhaber eingetreten ist.  
 Chemnitz, den 5. Februar 1884.  
 Königl. Amtsgericht, Abth. B.  
 Nr.

Freitag den 8. Februar 1884 von Vorm. 9 Uhr  
 sollen im Auktionslokal des hiesigen Justizgebäudes 1 Web- u. 1 Bohrmaschine, 1 Handpfl., 1 Garn-, Garnwinde, Waagen, Schleifmaschinen, Winterstoffe, Sommer- und Winterhüte, Sammet, Spitzen, Federn, Band, Regulator, Sophas, Bettstellen, Fische, Wachstische, Kleidersehreide, Spiegel, Nähmaschinen, Blumenständer, Koppfäden, vier Krügen, 1 Gewehr (Kraus), 1 großer Wagen u. s. w. gegen sofortige Bezahlung öffentlich versteigert werden.  
 Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts Chemnitz.  
 Geber.

**Bekanntmachung.**  
 Wegen Reinigung der Gerichtskasse werden nur dringende Sachen expediert am 11. Februar dieses Jahres in der Rechts- und Vormundschaftsabteilung und in den Expeditionen für Strafsachen Nr. 48 bis 49  
 am 12. Februar dieses Jahres in den übrigen Expeditionen für Strafsachen Nr. 39 bis 22,  
 am 13. Februar dieses Jahres in der Abtheilung für Konfuz- und freiliegende Civilsachen und in den Expeditionen der Sporellasse für freiliegende Civil- und für Strafsachen und der Gerichtsvollzieher und  
 am 14. Februar dieses Jahres in der Abtheilung für Grund- und Hypothekensachen und in der Haupt-Sporell- und Depositionskasse.  
 Chemnitz, am 31. Januar 1884.  
 Königl. Amtsgericht.  
 Beyer.

**Tageschronik.**  
 8. Februar.

- 15-7. Maria Stuart gest.
- 1718. Die Karotte wird in Sachsen eingeführt.
- 1725. Peter der Große gest.
- 1871. Korb von Schwind gest.
- 1873. König Amadeus von Spanien dankt ab.
- 1877. David Strauß gest.

**Telegramme des Chemnitzer Anzeigers.**

Vom 6. Februar.

Berlin. In Abgeordnetenkreisen gilt das Zustandekommen der Steuererhöhung für unwahrscheinlich, nachdem die Kommission gestern mit großer Majorität die Aufhebung der 3. und 4. Steuerstufe abgelehnt hat.  
 München. Die Kammer nahm den Antrag des Finanzanschlusses an, den Gymnasial- und Realhauptschulen, wo immer möglich, nach den Konfessionen getrennt zu erteilen.  
 Wien. In dem Wiener Gemeinderathe war in Betreff der Petition an den Reichsrath, wonach die von der Regierung erlassenen Ausnahmeverfügungen nur bei räumlicher Anwendung finden sollen, der Dringlichkeitsantrag eingebracht worden. Ueber diesen Antrag wurde mit 65 gegen 21 Stimmen eine motivirte Tagesordnung beschlossen.  
 London. Wie der „Daily Telegraph“ meldet, sei unterzüglich nach dem Empfang der Meldung von der Niederlage Bafers Paschas an alle nach Indien unterwegs befindlichen Truppenschiffe telegraphisch der Befehl ergangen, Halt zu machen.  
 Kairo. Die Niederlage Bafers Paschas ist eine um so schmäherliche, als die Heinde nur Speerwaffen führten. 17 europäische Offiziere sind gefallen. Bafers ist mit dem Rest der Truppen geflohen in Suakim angekommen. Die Befestigungen Suakims sind mit britischen Marine-Kanonen besetzt. Der diplomatische Agent Frankreichs ersuchte seine Regierung um Abwendung eines französischen Kriegsschiffes zum Schutz der Franzosen in Suakim. Die von Sinal zum Jouragiren ausgesandten Truppen-Corps wurden wiedergeworfen.  
 Paris. Ein Telegramm Courties aus Hanoi vom 25. Jan. meldet: Die Provinzen Sontay, Hanoi, Haibzong, Rambang, Gaiphong sind ruhig.

Berlin, 7. Februar, Mittags. Aus London wird gemeldet, daß 500 Matrosen, Marineministerie beordert worden sind, nach Suakim abzugehen. Dem „Daily-News“ wurde aus Kairo mitgeteilt, daß am 6. Februar Gordon wegen Erhebung der Araberflamme seine Weiterreise hinferte und vorläufig in Korosko bleibet.

**Ueber die Nothwendigkeit einer Abänderung des von den Abgeordneten des Volkes zu leistenden Eides.**

Man legt sich oft die Frage vor, wie im Laufe der Zeit bei den Parlamentariern Deutschlands zwei Tugenden mehr und mehr in Abnahme gekommen zu sein scheinen, welche einst zu den höchsten Charaktertugenden des deutschen Volkes gerechnet wurden; nämlich der strenge Gerechtigkeitssinn und die Loyalität. Die erstere Tugend kann allerdings nur so lange ausgeübt werden, als der Charakter eines Mannes auf der Grundlage der ganzen und vollen Unparteilichkeit steht. Daß die Unparteilichkeit schon in dem Augenblicke verloren geht, als sich jemand zur Vertretung einer Partei meldet, um ähnlich dem Wesen eines Advokaten zu verfahren, der alles nur irgendwie Erdenkliche ausbietet, seinen Gegner mattszusetzen, — selbst dann, wenn derselbe in hauptsächlichsten Punkten im Rechte wäre, — und dem er jedoch nicht das geringste Zugeständniß macht, — ist eigentlich nur selbstverständlich. Daß bei solchem advokatorischen Wesen, mit welchem heutzutage die parlamentarischen Aktionen betrieben werden, auch die Loyalität verloren geht, ist ebenfalls selbstredend. Und daß das Beispiel, welches die Landtage und bezw. der Reichstag dem Volke geben, auch auf den Charakter des Letzteren nachtheilig wirken muß, begreift sich ebenfalls von selbst. Freilich muß zur Entschuldigung der Parlamentarier gesagt werden, daß sie ihrerseits meist wieder nur im Auftrage und unter dem Einflusse Jener handeln, welche sich bei den Wahlversammlungen neben den eigentlichen Kandidaten breit machen, an keiner Partei ein gutes Haar lassen, geschweige denn an der Regierung, die gar von Vielen als die Hauptgegenspartei dargestellt wird. Auch muß der Kandidat ja förmlich schwören, daß er genau im Sinne der Hauptstreifer seines Wahlbezirkes sprechen und wirken, und sich

bei der ihm vorgeschriebenen Partei-Fraktion auch der üblichen strengen Disziplin unterwerfen wird.

Als Konsequenz dessen werden die Telegramme über den Ausfall der Wahlen niemals, wie viel erfahrenere und unparteiischere Männer gewählt wurden, sondern nur, zu welcher Partei dieselben schon im Vorhinein geschworen haben. Wäre aber dennoch Einer darunter, der die Wahl nur mit dem Vorbehalt annahm, daß er gewissenhaft wie z. B. ein Mitglied des Schwurgerichtshofes, erst bei der Verhandlung selbst, und erst nach Anhörung von Rede und Gegentrede, auf Grund seines Gewissens, und seiner persönlichen, aus dem vollen bürgerlichen Leben, in das parlamentarische Betriebe mit hinübergenommenen Erfahrungen sein Urtheil bilden und seine Stimme abgeben werde, so bezeichnet ihn der Telegraph als einen „Wilden“.

Gegenüber solchen, schon bei der Zusammensetzung der Parlamente waltenden Umständen, braucht man freilich den Kopf nicht weiter darüber sich zu zerbrechen, warum nichts Ordentliches geschah, und warum selbst die besten Intentionen der Regierung oder dieser und jener einzelnen Partei verächtlich zurückgewiesen und an Stelle des Vorgesagten so oft ein ganz unbrauchbares Plöcker, — und auch dieses nur auf dem Kompromißwege, geliefert wird, das adaman Niemanden befriedigt, und wieder nur zu den tödtlichsten Reklamationen gegen die Regierung selbst den Anlaß giebt.

Daß hierin eine Remede geschaffen werden muß, ist allen Einsichtigen längst klar, nur wußte man nicht wie. Den, selbstredend will keine Partei, auch die Regierung nicht, die nöthige Freiheit der parlamentarischen Aktion aufzugeben beschließen.

Das Mittel liegt jedoch sehr nahe. Es ist nämlich höchst nothwendig, daß die Herren Parlamentarier einmal gründlich daran erinnert werden, daß die Unabhängigkeit der persönlichen Ueberzeugung endlich wieder über die Parteiaktivil gestellt werden muß, so daß die Herren, um die Erinnerung daran ihnen täglich anfrischen zu können, vor Eintritt ihres hohen Amtes einen Eid zu schwören haben, der von jenem, den sie jetzt schwören, in einigen Punkten wesentlich abweicht.

Wenn man nämlich bedenkt, daß schon ein Geschworener, oder auch nur ein Zeuge, schwören muß, daß er ganz unparteiisch, ohne Haß, ohne Freundschaft, ohne jede Rücksicht, und nur nach selbständiger und tiefinnerster Ueberzeugung urtheilt, beziehungsweise seine Aussage abgeben will, so wird man erst recht, und zwar schon der heutigen Bewunderung des Parteitreibens gegenüber, von den Abgeordneten, die ein viel wichtigeres bezw. noch viel folgenschwereres Amt ausüben als z. B. Weißher eines Schwurgerichtes, fordern dürfen, daß sie einen solchen Eid leisten, der sie der Beeinflussung des Parteitreibens schon im Vorhinein entzieht, und ihnen auch ihren Wählern gegenüber ihre volle Freiheit bei den parlamentarischen Abstimmungen wieder zurückgiebt. Die richtige Formel für einen solchen Eid dürfte sehr nahe liegen und daß seine Folgen unabweisbar heilsam wären. Ein solcher Eid wäre der endlich gefundene richtige Schlüssel zum arg verrosteten Schlosse. Die sofortige Auflösung eines Parlamentes, das einen solchen Eid nicht acceptiren würde, wäre auch noch der Schlüssel zum Herzen und Verstande des Volkes und es wäre dann überhaupt interessant die Namen derjenigen zu wissen, die sich ständen, den Eid einer vollen Unparteilichkeit zu leisten.

**Vom sächsischen Landtage.**

Am Mittwoch sehten beide Kammern anschließend des das hohe Könighaus betreffenden schweren Trauerfalls ihre Sitzungen aus. Aus der Dienstag-Sitzung der Zweiten Kammer, Beratung des Kultus-Etats, ist noch folgendes nachzutragen: Die Zuschüsse für die Universität Leipzig wurden bewilligt. Bei dem Kapitel der Zuschüsse für das Dresdener Polytechnikum stellte Abg. Starke den Antrag: der Regierung zur Erwägung anheim zu geben, ob es angezeigt erscheint, den Studirenden der Pharmacie neben der Universität Leipzig auch das Polytechnikum für ihre Studien zu eröffnen. Abg. Woldemann äußert große Bedenken gegen diesen Antrag, auch Kultusminister v. Geber kann sich deren nicht entschlagen, verspricht aber eingehende Erwägung der Angelegenheit. Darauf wird der Antrag Starke angenommen und die Zuschüsse für das Polytechnikum einstimmig, für evangelische Kirchen gegen die 3 Stimmen der Socialdemokraten bewilligt. Bei dem Kapitel Gymnasien und Realschulen verwendet sich der Abg. Geber warm für die Förderung der körperlichen Pflege bei den Schülern der höheren Lehranstalten, Müller-Goldig hält es für gerechtfertigt, daß Realschulen, die sich als absolut nicht lebensfähig erwiesen hätten, die staatliche Unterstützung entzogen würde. Abg. Diebstedt stimmt den Ausführungen der Abgg. Geber und Müller-Goldig bei und äußert den Wunsch, daß die Disziplin auf den höheren Lehranstalten anders als jetzt gehandhabt werde. Er kritisiert ferner den jetzt auf den Gymnasien bestehenden Lehrplan und wünscht völlige Abschaffung der häuslichen Arbeiten. Abg. Kirchbach: Um Berechtigtheiten waken zu lassen, wige man wenigstens den Lehrern — auf die

Geistlichkeit erstreckt sich dieser Wunsch nicht — bezüglich ihrer politischen Thätigkeit einen möglichst großen Spielraum lassen, aber nicht nur nach konservativer, sondern auch nach liberaler Richtung hin. Was jetzt sei nur Agitation für die erste Richtung gestattet worden, die Gymnasien und Realschulen wären jetzt geradezu Seminarien für die Agitation zu konservativen und antikemistichen Zwecken. Dagegen habe man zwei höhere Beamte des Kultusministeriums rekrutirt, weil sie einen gemäßigt liberalen Waffenausdruck mitunterzeichnet hätten Kultusminister Dr. v. Geber versichert dieser Anschuldigung gegenüber, daß weder ihm noch einem der zahlreich anwesenden Kommissare ein derartiger Fall bekannt wäre und bittet den Vorredner, ihm den betr. Namen zu nennen. Nachdem Abg. Kirchbach privatim mit dem Minister hierüber Rücksprache genommen, erklärte er, daß er, da der Minister auch nach Nennung der Namen bei seiner vorigen Behauptung geblieben wäre, jedenfalls falsch berichtet worden sei. Die Kammer bewilligt hierauf auch die für Gymnasien und Realschulen eingestellten Positionen. Im Anschluß an dieses Kapitel beschließt die Kammer über eine Anzahl Petitionen, diejenige des Stadtraths zu Schneeburg um Errichtung eines Staatsgymnasiums bewilligt wird der Regierung zur Erwägung überwiesen. Eine Petition der Stadt Freiberg um einen erhöhten Zuschuß aus Staatsmitteln für die dortige Realschule 1. Ordnung wird der Regierung zur Erwägung übergeben, eine gleiche Petition der Stadt Borna aber auf sich beruhen gelassen! — Die Zuschüsse für Lehrerseminarien werden ohne Debatte genehmigt. Bei dem Kapitel Volksschulen bedauert Abg. Geber, daß es noch dreifache Volksschulen mit nur einer Lehrkraft gebe. Bei diesem System müßte entweder die Schule oder der Lehrer, oder auch alle Beide zu Grunde gehen. Er hofft auf baldige Abhilfe. Abg. Diebstedt stellt das französische Volksschulwesen als musterzünftig hin. Dort habe man den Religions-Unterricht beseitigt, und die dadurch gewonnene Zeit werde dazu benutzt, die Schüler über die Verantwortlichkeit des öffentlichen Gemeinbewesens, über die Rechte und Pflichten der Bürger zu unterrichten. Rechner beantwortet noch eine organische Verbindung der hiesigen Kindergärten mit der Volksschule. Kultusminister Dr. v. Geber erwidert dem Vorredner, ihm diese Empfehlung und Winke zu erparten, sie würden bei ihm doch keinen Anklang finden. Er habe durchaus nicht die Absicht, den Paus Vertischen Katechismus in den sächsischen Volksschulen einzuführen. Hier hätte man andere, alte und bewährte Grundlagen: die Kinder zur Gottesfurcht (Zuruf links), zur Pietät, zur Ehrfurcht vor dem Alter und zur Achtung vor dem Bestehenden zu erziehen (lebhaftes Bravo!). Die Kammer bewilligt hierauf ohne weitere Debatte den Rest des Kultus-Etats; die Zuschüsse für Volksschulen, katholische Kirchen und wohlthätige Anstalten, sonstige Kultuszwecke, Land-Stammesanstalten, stiftungsmäßige Leistungen für Kirchen- und Schulzwecke, allgemeine Ausgaben und den Reservefond.

**Politische Rundschau.**

**Deutsches Reich.** Das Veranlassen der Reichstags-session und die große Geschäfte, deren sich der preussische Landtag noch zu erledigen hat, haben den Präsidenten des Abgeordnetenhauses bewegen, in der Montagssitzung den Vorschlag von Abend-sitzungen zu machen. Diefem Vorschlag aber widerspricht besonders Abgeordneter Dr. Windthorst sehr lebhaft unter Hinweis auf die hiermit verbundenen außerordentlichen persönlichen Anstrengungen für die Mitglieder des Hauses. Wenn man indessen bedenkt, daß die Debatte über den Kultus-Etat allein sechs Sitzungen in Anspruch nahm, so wird das Haus doch noch zu Abend-sitzungen greifen müssen, falls sich über andere Gegenstände ebenfalls so langausgedehnte Debatten entspinnen sollten. In der Montagssitzung wurde der Etat der Universitäten unter Vorbringung einer großen Anzahl von lokalen Wünschen erledigt und am Dienstag derjenige der höheren Unterrichtsanstalten. Es kam hierbei bezüglich einzelner Titel zu lebhaften Debatten und wurden namentlich von Seiten der polnischen Abgeordneten wieder die alten Klagen über die Vernachlässigung der polnischen Sprache und des katholischen Religionsunterrichts an den Gymnasien der Provinz Posen laut. Auch hinsichtlich der Elementarschulen in Posen und Oberschlesien drachten die Polen ähnliche Klagen anlässlich der Verathung des Etats für das Elementarunterrichtswesen vor. Die Diskussion über dieses Kapitel wurde am Mittwoch fortgesetzt, an welchem Tage die Debatte über den Kultus-Etat beendet worden sein dürfte — Dem Präsidium des Abgeordnetenhauses ist eine Mittheilung der Regierung zugegangen, wonach dieselbe die Erwerbung einer Baustelle für den Neubau eines Abgeordnetenhauses in der Dorothienstraße vorschlägt, da sich der Erwerb des hierzu ursprünglich in Aussicht genommenen Terrains in der Königgrätzerstraße bedeutende Schwierigkeiten in den Weg stellen.  
 — Die in letzter Zeit zu Stuttgart und Wien bezogenen Raubmordattentate scheinen etwas Ankündendes an sich zu haben, denn